

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
 unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 27

vom 4. September 2009
 Redaktion: Katja Richardt

Wahlen

Bundestagswahl: Die Stimmzettel haben ein Loch???3

Wirtschaft und Hafen

Erste interaktive Beratungs-Website für Kleinunternehmen in Deutschland.....4

Innovationsschub für maritime Wirtschaft6

Finanzen

Senat beschließt Haushaltsanpassung für den Doppelhaushalt 2009/2010.....7

Senat macht den Weg frei für eine Bürgschaft des Bundes zur Stabilisierung von Hapag
 Lloyd 11

Stabilisierungspaket für Hapag-Lloyd: Hamburg macht den Weg frei 12

Soziales, Familie und Gesundheit

85,3 Mio. Euro mehr für Kindertagesbetreuung, Kinderschutz sowie weitere gesetzliche
 Leistungen..... 13

Mehr Verbraucherschutz, Transparenz und Qualität in Pflege und Betreuung..... 16

Zukunft der HIV/AIDS-Prävention in Hamburg..... 19

Neuer Landesrahmenvertrag zur Kindertagesbetreuung unterzeichnet21

Deutlich weniger obdachlose Menschen in Hamburg 22

Wersich fordert Konsequenzen in Berliner Gesundheitspolitik.....26

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulsenatorin begrüßt Schüler der Hafencity-Schule27

Asbest: Keine Entwarnung29

Umwelt

Massenhaft Blaualgen in der Alster: Besser weg vom Wasser!31

Erster Tag FÖJ.....32

Kultur

Senat führt Gespräche mit Künstlern im Gängeviertel	34
Ausgezeichnete Kinos von Abaton bis Zeise	36
Stadtplan „Orte jüdischen Lebens und jüdischer Geschichte in Hamburg“ ab sofort wieder erhältlich	37
Tag des offenen Denkmals 2009	38

Justiz

Senat beschließt: Regelung des Vollzugs der Untersuchungshaft geht in die Verbändeanhörung	39
--	----

Sport

Ruder-Welt-Cup 2011 in Hamburg	41
--------------------------------------	----

Personen

Amtsantritt von Antje Blumenthal als neue Senatskoordinatorin	42
---	----

Zur Information

Bezirksversammlungen online	43
Neu erschienen bei der Landeszentrale für politische Bildung	44
Einheitlich und Bürgerfreundlicher – Das Finanzamt Mitte setzt Umstellung der Hamburger Finanzämter fort	46
Terminkalender	48

1. September 2009/bfi01

Bundestagswahl: Die Stimmzettel haben ein Loch???

Aufmerksame Briefwähler fragen sich: „Was bedeutet das Loch in der rechten oberen Ecke der Hamburger Stimmzettel?“

Die Stimmzettel für die sechs Hamburger Wahlkreise haben rechts oben im unbeschrifteten Teil ein eingestanztes Loch von 5 mm Durchmesser. Auf diese Weise können blinde oder sehbehinderte Wähler beim Einlegen des Stimmzettels in die sog. Blindenschablone selbst erkennen, wo bei einem Stimmzettel die Vorderseite und wo oben ist. Das Loch ist auf jedem Stimmzettel an derselben Stelle, die Stimmzettel sind also alle gleich. Es sind daher keine Rückschlüsse auf das Stimmverhalten möglich.

In den Hamburger Briefunterlagen steht auch erstmals auf der Rückseite des „Merkblatts zur Briefwahl“ folgender Erläuterungstext: „Jeder Stimmzettel hat an derselben Stelle ein Loch von 5 mm Durchmesser. Es handelt sich um eine Hilfe für blinde oder sehbehinderte Wahlberechtigte. Mit Hilfe des Lochs können blinde oder sehbehinderte Menschen beim Einlegen des Stimmzettels in eine Stimmzettelschablone ohne fremde Hilfe wählen.“

Übrigens: Blinde oder hochgradig sehbehinderte Menschen können eine Stimmzettelschablone telefonisch beim Hamburger Blindenverein anfordern. Telefon: 040 – 209 4040.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678 u. -2673
Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie

Landeswahlamt, Asmus Rösler, Tel. 040 – 42839-1732

27. August 2009/bwa27

Erste interaktive Beratungs-Website für Kleinunternehmen in Deutschland

24 Stunden Online Hilfe für Kleinunternehmer in der Krise

Seit August 2009 hat die FIRMENHILFE ihr Angebot an Selbständige und Kleinunternehmer in der Krise deutlich erweitert: Unterstützung erhalten die Hamburger Unternehmer nicht nur mit Hilfe der langjährig bewährten Beratungshotline, sondern zusätzlich oder alternativ mit Hilfe von Online Beratung unter www.firmenhilfe.org.

Damit gibt es nun zum ersten Mal in Deutschland eine interaktive Beratungs-Website mit entscheidenden Informationen und Hilfestellungen für Kleinunternehmen in der Krise. Und für Hamburger Unternehmen stehen für die individuelle Beratung telefonisch und per E-Mail Coaches zur Verfügung. Die Informationen und Entscheidungshilfen können somit rund um die Uhr abgefragt werden und die Ratsuchenden erhalten auf ihre Anfragen innerhalb von 24 Stunden eine erste Antwort. So kann noch mehr Unternehmern in Hamburg schnell und kompetent geholfen werden. Die Nachfrage von Unternehmern nach Beratung ist im ersten Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 50 Prozent angestiegen.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: "Hamburg hat mit der FIRMENHILFE ein inzwischen bundesweit und international viel beachtetes Vorzeigeprojekt geschaffen, das Unternehmer schnell, kompetent und unbürokratisch im Alltag unterstützt; und das jetzt auch 24 Stunden rund um die Uhr."

Jan Evers, EVERS & JUNG: „Sowohl bei telefonischer als auch bei Online-Beratung geht es um kompetente Hilfe zur Selbsthilfe zu Themen wie Finanzplanung, Akquisition, Kommunikation mit Banken und schadensminimierende Abwicklung. Die FIRMENHILFE berät durch konkrete, sofort umsetzbare Tipps oder in Form eines längerfristigen Coachings.“

Bereits seit 2001 bietet die FIRMENHILFE, eine kostenlose, auf Wunsch anonyme Telefonberatung für Hamburger Kleinunternehmen. Finanziert wird diese Beratung von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Seit 2005 ist auch die Hamburger Sparkasse mit einer Teilfinanzierung an Bord. Seit Gründung wurden knapp 2.500 Kleinstunternehmen beraten.

Weitere Informationen:

EVERS & JUNG

Dr. Jan Evers/Kerstin Heuer

Deichstraße 29

20459 Hamburg

Tel: 040-3680968-0 | Fax: 040-3680968-90

Mail: jan.evers@eversjung.de und/oder kerstin.heuer@eversjung.de

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

27. August 2009/bwa27a

Innovationsschub für maritime Wirtschaft

Wirtschaftssenator startet Konjunkturprojekte der Hamburgischen Schiffbau-Versuchsanstalt (HSVA)

Noch effizienter, noch innovativer, umweltfreundlicher und weiter weltweite Spitze: das wird die Hamburgische Schiffbau-Versuchsanstalt nach dem heutigen Besuch von Wirtschaftsminister Axel Gedaschko. Der Senator hat gleich drei Projekte aus den Mitteln des Konjunkturpaket II des Bundes und der Stadt Hamburg in Höhe von 900.000 Euro gestartet.

Von den Mitteln werden eine Propellerfräse, eine Drehmaschine und eine neue Kälteanlage angeschafft. In der HSVA wird sowohl für Schiffe, als auch für Luftfahrt und den Offshore-Bereich anwendungsorientiert geforscht. Der Schwerpunkt liegt auf der offenen See und in Eismeerregionen. Mit dem Klimawandel rückt die Arktis zunehmend in den Fokus der Schifffahrt. Auch Aspekte des Umweltschutzes spielen eine immer wichtigere Rolle.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Von der weltweit führenden Position der HSVA profitiert die gesamte regionale, maritime Wirtschaft. Sie bildet einen wichtigen Innovationskern in Hamburg – der Voraussetzung für Wachstum. Die Förderung der HSVA reiht sich somit in die Unterstützung für das Zentrum für Angewandte Luftfahrtforschung, das Fuel Cell Lab, das Fraunhofer Zentrum für maritime Logistik sowie für das Laserzentrum: mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II des Bundes und der Stadt Hamburg setzen wir darauf, dass Hamburg seine Spitzenposition in maßgeblichen Wirtschaftszweigen behält und ausbaut.“

Bei dem heutigen Rundgang in der HSVA haben Wirtschaftsminister Gedaschko sowie HSVA-Geschäftsführer Jürgen Friesch außerdem den Großen Schlepptank besichtigt. Für die Einrichtung eines innovativen, deutschlandweit einzigartigen Messverfahrens hat die Stadt Hamburg in Höhe von 2,4 Millionen Euro überreicht: Im 300 Meter langen Schleppkanal können somit künftig nicht nur Wellen von vorn und achtern, sondern auch seitlich simuliert werden. Für alle Spezialschiffe, aber auch Kreuzfahrtschiffe oder Fähren sind solche Versuche unverzichtbar.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Jana Tiemann
Tel.: (040) 42841- 2239
Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Geschäftsführer der Hamburger Schiffbau-Versuchsanstalt
Jürgen Friesch
Tel.: (040) 60203-215
Email: friesch@hsva.de

25.08.2009

Senat beschließt Haushaltsanpassung für den Doppelhaushalt 2009/2010

Hamburg vor der Finanz- und Wirtschaftskrise

- Der Doppelhaushalt 2007/2008 wurde vollständig aus eigener Kraft ausgeglichen und kam ohne Neuverschuldung aus, die Nettokreditaufnahme wurde auf null zurückgeführt.
- 2007 und 2008 wurde mit der Tilgung von Altschulden begonnen.
- Im Betriebshaushalt 2008 wurde ein Rekordüberschuss in Höhe von 1,335 Milliarden Euro erwirtschaftet.
- Hamburg hat in guten Zeiten vorgesorgt und Geld zurück gelegt: Es wurden Eigenmittel in Höhe von rund 1,7 Milliarden Euro aufgebaut, wovon die allgemeine Rücklage rund 1 Milliarde Euro beträgt und zusammen mit dem Grundstock für Grunderwerb mit rund 600 Millionen Euro die größten Einzelposten darstellen.
- Der Doppelhaushalt 2009/2010 wurde ohne Neuverschuldung aufgestellt und sollte ebenfalls vollständig aus eigener Kraft ausgeglichen werden.
- Auch für 2010 und 2012 war ein Verzicht auf jegliche Neuverschuldung vorgesehen.

Hamburg nach Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise

- Wir befinden uns in der weltweit schwersten Wirtschaftskrise seit den Zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Hamburg wird hierdurch ebenso hart getroffen wie der Bund oder andere Länder.
- Folge der Krise ist der höchste Einbruch des Bruttoinlandsprodukts in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: es wird ein Minus von 6% für 2009 erwartet.
 - Die Arbeitslosenzahlen steigen auf bis zu 3,7 Millionen, die Zahl der Kurzarbeiter betrug bereits im März 1,124 Millionen Arbeitnehmer in 54.800 Betrieben.
 - Diese Faktoren – massiver Einbruch der Konjunktur, Anstieg der Arbeitslosigkeit, Ausweitung der Kurzarbeit – führen im Ergebnis zu massiven Einbrüchen bei den Steuereinnahmen, insbesondere bei den Lohn- und Einkommensteuern, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer.

- **Zusätzliche Belastungen treffen den Haushalt durch staatliche Konjunkturmaßnahmen und auf Dauer angelegte steuerliche Entlastungen für die Bürger und Betriebe. Allein die vom Bund beschlossenen Steuerentlastungsmaßnahmen kosten Hamburg jährlich 100 Mio. Euro.**
- **Im Zeitraum bis 2013 werden die Steuerausfälle Hamburgs auf bis zu 6 Milliarden Euro geschätzt.**
- **Während der Laufzeit des aktuellen Doppelhaushalts in den Jahren 2009 und 2010 ist daher das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ernsthaft und nachhaltig gestört. Die Störung kann nur durch erhöhte Kreditaufnahme abgewendet werden.**

Mögliche Reaktionen auf die Krise

- **Drei Handlungsvarianten stehen grundsätzlich zur Verfügung, um auf die Krise zu reagieren. Für Hamburg kommen die ersten beiden Möglichkeiten aus guten Gründen nicht in Betracht.**

1. Sparen durch radikale Kürzungsmaßnahmen.

75% der Ausgaben sind festgelegt für Personal, Zinsen und Schuldendienst sowie für gesetzliche Leistungen. Nahezu 25% sind Zuwendungen für Bauunterhalt, Kultur, Hochschulen oder das UKE – sie sind zwar theoretisch disponibel, aber faktisch festgelegt. Darüber hinaus erfüllt der Staat mit diesen Zuwendungen den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft auf öffentliche Dienstleistungen. Ein Spielraum für Kürzungen liegt weit unterhalb des Volumens der geplanten Nettokreditaufnahme und würde antizyklische Impulse setzen. Insbesondere würde eine Rücknahme staatlicher Investitionen die Krise noch weiter verschärfen und Unternehmen und Arbeitsplätze gefährden. Auch würden die Geldzuweisungen des Bundes für das Konjunkturprogramm wegfallen, denn die Ausgabe dieser Mittel steht unter dem Vorbehalt gleichbleibend hoher Investitionstätigkeit der Länder.

2. Massive Privatisierungen städtischen Eigentums.

Ein Verkauf eines Teils oder gar aller öffentlichen Beteiligungen ist weder politisch gewollt, noch betriebswirtschaftlich sinnvoll. Aufgrund einer akuten Haushaltsnotlage der Stadt auf Dauer ihre Vermögenssubstanz zu entziehen, wäre ein gravierender Fehler. Ein solcher Weg würde dem Staat seinen Handlungsspielraum nachhaltig entziehen und langfristig auch zu Mehrbelastungen der Steuerzahler führen.

3. Antizyklisches Gegensteuern einer gezielten Nettokreditaufnahme um die Krise zu bewältigen.

Investitionen setzen in der Krise wichtige Impulse für die lokale und regionale Wirtschaft. Der Staat übernimmt damit in Zeiten der Krise Verantwortung ge-

genüber den Unternehmen und Bürgern. Um Investitionen und Mehrausgaben wie im Doppelhaushalt 2009/2010 beschlossen durchführen zu können, ist bei einer einbrechenden Einnahmesituation die Wiederaufnahme der Neuverschuldung unumgänglich. Damit wird auch dem Grundgedanken des Konjunkturprogramm des Bundes Rechnung getragen und Grundlagen für den Ausweg aus der Krise gelegt.

Hamburger Weg: Neuverschuldung auf Zeit

- Ohne die Wirtschafts- und Finanzkrise wären sowohl der aktuelle Doppelhaushalt 2009/2010 als auch der Doppelhaushalt 2011/2012 aus eigener Kraft und ohne neue Schulden finanziert worden.
- Aufgrund der Krise brechen die Steuereinnahmen auf breiter Front weg, damit entfallen auch die kalkulierten Überschüsse im Betriebshaushalt und verwandeln sich teilweise sogar in Defizite.
Über die Laufzeit der neuen mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 entsteht ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf von knapp 6 Milliarden Euro.
- Um die Besonderheit dieser Krise abzubilden, wird ein Sondervermögen zur Aufnahme von Krediten auf Zeit gebildet.
- Im Rahmen des Sondervermögens wird Hamburg bis 2013 rund 6 Milliarden Euro neue Kredite aufnehmen. Eine feste Tilgungsautomatik wird gesetzlich festgeschrieben. Bei Konjunkturerholung und wieder steigenden Steuereinnahmen erfolgt hieraus die Rückzahlung der Kredite.
- Die Zinsen der neuen Schulden werden durch Einsparungen aus dem laufenden Haushalt erbracht – so wird eine zusätzliche Belastung der späterer Generationen vermieden.
- Das Sondervermögen wird als nicht selbstständiges Sondervermögen ausgestaltet und gehört zum Kernhaushalt. Es wird damit stets der offiziellen Verschuldung Hamburgs zugerechnet. Es entsteht daher kein Schattenhaushalt, der im übrigen in Zeiten der kaufmännischen Rechnungslegung in Hamburg transparent würde.
- Da für 2009 und 2010 eine Störung des Gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt, wird der Senat die Differenz von Einnahmen und Ausgaben im Doppelhaushalt in Höhe von 1,67 Mrd. Euro in 2009 und 1,85 Mrd. Euro in 2010 durch Kreditaufnahmen finanzieren.
- Die Eigenmittel in Höhe von 1,7 Milliarde Euro werden in die Folgehaushalte bis 2013 eingebracht, denn aufgrund der dann wieder anziehenden Konjunktur wäre die Feststellung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ab 2011 nicht mehr plausibel vertretbar.
-

Vergleich von Hamburg und dem Bund

- **Sowohl Hamburg als auch der Bund gehen im Jahr 2010 die höchste jemals erforderliche Neuverschuldung ein.**
- **Hamburg braucht für 2010 eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 1,85 Milliarden Euro – gegenüber dem Planung einer Neuverschuldung von Null.**
- **Der Bund braucht für 2010 eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 86,1 Milliarden Euro – gegenüber dem Plan von 6 Milliarden Euro.**

- **Während der Bund 2010 seine Ausgaben in Höhe von 327,1 Milliarden Euro mit einer Neuverschuldung von 86,1 Milliarden Euro zu 26% kreditär finanziert, kommt Hamburg bei Ausgaben in Höhe von 10,7 Milliarden Euro auf einen Anteil von 17%.**
- **Damit liegt die Quote der Nettokreditaufnahme an den Ausgaben in Hamburg rund ein Drittel niedriger als im Bund.**

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

25. August 2009/fb25a

Senat macht den Weg frei für eine Bürgschaft des Bundes zur Stabilisierung von Hapag Lloyd

Der Senat hat heute weitere Beiträge der Freien und Hansestadt Hamburg zur Stabilisierung von Hapag Lloyd beschlossen. Damit hat er gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern die Voraussetzungen erfüllt, die für die staatsverbürgten Kredite in Höhe von 1,2 Mrd. Euro von den Eigentümern zu leisten sind. Die Bürgschaft wird hälftig durch den Bund und Hamburg getragen. Die Beiträge stehen unter dem Vorbehalt einer Befassung der Bürgerschaft. Außerdem sind die Bürgschaften beihilferechtlich durch die EU-Kommission zu prüfen. Über abschließende Details der staatsverbürgten Kredite bedarf es noch weiterer Abstimmung mit allen Beteiligten.

Um die Voraussetzungen für die Gewährung des staatsverbürgten Kredits zu verbessern, beabsichtigen die Gesellschafter ihre Beiträge zur Stärkung des Eigenkapitals und der Bilanzstruktur von Hapag-Lloyd von 750 Mio. Euro zu leisten und haben diese auf 923 Mio. Euro aufgestockt.

Der Hamburger Anteil an den Eigenkapitalmaßnahmen beläuft sich auf zunächst 142 Mio. Euro, fällig 2009, und 25 Mio. Euro, fällig 2011. An den Maßnahmen zur Verbesserung der Bilanzstruktur, die mit 353 Mio. Euro in dem Gesamtbeitrag von 923 Mio. Euro enthalten sind und anteilig von TUI mit 153 Mio. Euro und der Albert Ballin KG mit 200 Mio. Euro getragen werden, sind die HGV und die Kühne Holding aufgrund der bereits bei Abschluss des Kaufvertrags im Herbst 2008 abgegebenen Patronatserklärung beteiligt.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: christoph.klamp@fb.hamburg.de

03. September 2009/fb03

Stabilisierungspaket für Hapag-Lloyd: Hamburg macht den Weg frei

Der Senat hat heute der Forderung des Bundes und der finanzierenden Banken zugestimmt, die 25,1 %-Beteiligung der stadteigenen HGTV, der TUI und der Signal Iduna am Container-Terminal Altenwerder (CTA) wieder als werthaltige Sicherheit in die Hapag-Lloyd Konzern einzugliedern. Auch TUI und Signal Iduna haben dieser Lösung zugestimmt. Damit wird der Weg freigemacht für das große Stabilisierungspaket unter Einbeziehung des Bundes für staatsverbürgte Kredite in Höhe von 1,2 Milliarden Euro. Im Rahmen dieses Stabilisierungspaketes stärkt der CTA die langfristige positive Weiterentwicklung des Unternehmens.

Um die Voraussetzungen für die Gewährung des staatsverbürgten Kredits zu verbessern, hatten die Gesellschafter zuvor bereits beschlossen, Beiträge über 923 Millionen Euro zur Stärkung des Eigenkapitals und der Bilanzstruktur von Hapag-Lloyd zu leisten. Für die von Hamburg zu übernehmenden Bürgschaften ist eine Zustimmung der Hamburgischen Bürgerschaft erforderlich.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

25. August 2009/bsg25

85,3 Mio. Euro mehr für Kindertagesbetreuung, Kinderschutz sowie weitere gesetzliche Leistungen

Ursache: Nicht Wirtschaftskrise, sondern erhöhte Nutzung von Rechtsansprüchen

„In der Kindertagesbetreuung und im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Hamburg bislang nicht angekommen, im Gegenteil: Immer mehr Kinder werden zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zunehmend auch ganztags betreut, und die Zahl der Hartz IV-Empfänger ist niedriger als 2008“, sagt Senator Dietrich Wersich. Dennoch wird die Stadt in diesem Jahr 85,3 Mio. Euro mehr als geplant für die Kindertagesbetreuung, den Kinderschutz sowie weitere gesetzliche Leistungen wie die Mietkostenübernahme von Grundsicherungs- und Sozialhilfeempfängern aufwenden. Außerdem werden sowohl im Maßregelvollzug als auch in der Eingliederungshilfe für Suchtkranke aufgrund steigender Inanspruchnahme und längerer Verweildauer Mehraufwendungen erforderlich. Eine entsprechende Drucksache der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz hat der Senat heute der Bürgerschaft vorgelegt. Die Mehrbedarfe werden aus Rückstellungen der Finanzbehörde sowie aus Minderbedarfen im Haushalt der Sozialbehörde gedeckt.

➤ **24,2 Mio. Euro mehr für die Kindertagesbetreuung**

Die Kindertagesbetreuung in Hamburg wächst stärker als erwartet: Für 2009 geht die Sozialbehörde von 6 Prozent mehr betreuten Kindern im Kita-Gutschein-System aus als noch 2008 (+ 3.418 Kinder, Prognose 2009: 64.893 Kinder). Das sind 2.892 Kinder mehr als im Haushaltsplan berücksichtigt, der Mehrbedarf liegt bei 24,2 Mio. Euro gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung. Die Ausgaben für Kindertagesbetreuung steigen damit in 2009 auf ein Rekordniveau von 452,1 Mio. Euro (2008: 407,1 Mio. Euro).

Auch im Hortbereich geht die Sozialbehörde von 8 Prozent mehr betreuten Kindern gegenüber 2008 aus (+ 1.268 Kinder, Prognose 2009: 16.450 Kinder). Zudem findet der Krippenausbau noch schneller statt als erwartet, sodass 2009 rund 14 Prozent mehr Kleinkinder betreut werden als im Vorjahr (+ 1.303 Kinder, Prognose 2009: 10.475 Kinder). Deutlich zeigt sich die verstärkte Nutzung der Kindertagesbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch im Elementarbereich, insbesondere bei der Ganztagesbetreuung: 2009 werden rund 9 Prozent mehr Kinder ganztags betreut werden als noch 2008 (+ 1.794 Kinder). Die Zahl der betreuten Kinder im Elementarbereich steigt um 847 Kinder auf 37.968 Kinder (Prognose 2009). Die trotz Krise bisher positive Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in Hamburg wirkt sich damit sichtbar in der Kindertagesbetreuung aus. Hintergrund: In Hamburg haben berufstätige Eltern einen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung von der Geburt an im Umfang ihrer Berufstätigkeit. Der bundesweite Rechtsanspruch umfasst hingegen nur vierstündige Betreuung für Drei- bis Sechsjährige.

Senator Dietrich Wersich: „Die Entwicklung zeigt, dass die Berufstätigkeit mittlerweile ein fester Bestandteil in der Lebensplanung junger Familien ist. Mit der Kindertagesbetreuung ermöglichen wir Müttern und Vätern, auch nach der Geburt eines Kindes weiter erwerbstätig zu sein. Dass das gelingt zeigt auch die im Bundesvergleich niedrigste Quote Alleinerziehender, die auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen sind.“

➤ **31,9 Mio. Euro mehr für Sozialleistungen**

Auch im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende wirkt sich die Finanz- und Wirtschaftskrise bisher nicht aus: Die Zahl der Empfänger nach dem SGB II (Hartz IV) bleibt 2009 mit prognostizierten 191.265 Menschen sogar um 2.855 Menschen unter der ursprünglichen Prognose von 194.120 Leistungsbeziehern (2008: 194.269 Leistungsbezieher). Dennoch ist für 2009 im Bereich der Sozialleistungen mit Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 31,9 Mio. Euro zu rechnen. Dies hat folgende Ursachen:

- Durch zunehmende Kosten für Unterkunft und Heizung um monatsdurchschnittlich 9,35 Euro steigen die Aufwendungen für die Mietkostenübernahme von Hartz IV- und Grundsicherungs-Empfängern.
- Zugleich steigen die Empfängerzahlen im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.
- Auch die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen, die Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten, ist gestiegen. Außerdem werden Beschäftigungsmöglichkeiten und Beförderungspauschalen für Menschen mit Behinderung verstärkt in Anspruch genommen.

➤ **27,5 Mio. Euro mehr für Hilfen zur Erziehung**

Der Bedarf von Familien für öffentlich finanzierte Hilfen zur Erziehung ihrer Kinder steigt seit Jahren. Damit steigen auch die Aufwendungen. Um einem weiteren Anwachsen der Kosten durch effizientere und passgenauere Ausgestaltung der Erziehungshilfen entgegenzuwirken, hat die Sozialbehörde Anfang 2009 30 zusätzliche Personalstellen bei den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD) geschaffen und ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht. Diese Handlungsansätze werden derzeit umgesetzt, haben sich jedoch insgesamt noch nicht auf die Fallzahlen und Fallkosten ausgewirkt. Dies ist insbesondere auf unvermeidliche Vorlaufzeiten zurückzuführen, die z.B. mit Stellenbesetzungsverfahren, Einarbeitungszeiten, Qualifizierungen und Organisationsveränderungen einhergehen. Die Maßnahmen zur Begrenzung der Ausgaben werden daher im Jahr 2009 noch nicht den erwarteten haushaltsrelevanten Effekt haben. Aber auch die anhaltend hohe Aufmerksamkeit in Fragen des Kinderschutzes, insbesondere nach dem Fall „Lara“ im März 2009 hat nochmals zu einem Anstieg der Zahl von Meldungen an die Jugendämter und in der Folge zu einem erhöhten Bedarf insbesondere bei den Familien unterstützenden Hilfen geführt. Für 2009 ist somit ein Mehrbedarf von 27,5 Mio. Euro bei Gesamtaufwendungen von 218,1 Mio. Euro für Hilfen zur Erziehung zu erwarten (2008: 192 Mio. Euro).

➤ **1,3 Mio. Euro mehr für die Eingliederungshilfe Suchtkranker**

sowie 0,5 Mio. Euro Mehrbedarf im Maßregelvollzug

Durch das ambulante Hilfesystem werden immer mehr suchtkranke Menschen erreicht, so dass die Fallzahlen in der Eingliederungshilfe für Suchtkranke steigen (2009: 1.500 Leistungsempfänger / 2008: 1.045 Leistungsempfänger). Auch der Wandel in der Klientenstruktur (mehr ältere Klienten sowie mehr Suchtkranke mit psychischer Erkrankung) führt infolge längerer Betreuungszeiten zu einem Mehrbedarf von 1,3 Mio. Euro (erwarteter Mittelbedarf 2009: 11,6 Mio. Euro). Im Maßregelvollzug führt die zunehmende Zahl richterlicher Beschlüsse sowie eine größere Zurückhaltung bei der Aussetzung der Maßregel zur Bewährung zu einem Mehrbedarf von 0,5 Mio. Euro in 2009 und zu einer neuen Haushaltsprognose von 22,7 Mio. Euro.

Deckung der Mehrbedarfe

Die Mehrbedarfe von insgesamt 85,3 Mio. Euro werden mit 14,6 Mio. Euro aus dem Haushalt der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Familie gedeckt. Möglich wird dies u.a. durch eine rückläufige Inanspruchnahme der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. 70,7 Mio. Euro werden aus Rückstellungen der Finanzbehörde für Mehraufwendungen finanziert.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsg/

25. August 2009/bsg25a

Neues Heimgesetz für Hamburg:

Mehr Verbraucherschutz, Transparenz und Qualität in Pflege und Betreuung

Senat beschließt Gesetzentwurf nach Beratung mit Trägern und Verbänden

Der Senat hat heute den von der Sozialbehörde vorgelegten Gesetzentwurf für ein landeseigenes Heimgesetz beschlossen. „Mit einem landeseigenen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz will Hamburg die Qualität, die Transparenz und den Verbraucherschutz in Pflege- und Betreuungseinrichtungen auf eine neue Grundlage stellen“, sagt Sozialsenator Dietrich Wersich. Der Gesetzentwurf enthält Mindestanforderungen unter anderem für Servicewohnanlagen („Betreutes Wohnen“), Wohngemeinschaften z.B. für Menschen mit Demenz, Pflegeheime und Behinderteneinrichtungen sowie für Hospize, Einrichtungen der Kurzzeitpflege und ambulante Dienste. Zwei Monate lang war der Referentenentwurf des Gesetzes zuvor mit Trägern, Verbänden und Bezirken sowie im Rahmen einer öffentlichen Bürgerveranstaltung beraten worden. Dabei wurden auch einige zentrale Änderungsvorschläge im Gesetzentwurf berücksichtigt. „Ich danke allen, die den Gesetzentwurf konstruktiv mit uns beraten und weiterentwickelt haben“, sagt Senator Dietrich Wersich. „Mit dem Gesetzentwurf stellen wir den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt von Pflege und Betreuung.“

Zentrale Inhalte des vom Senat beschlossenen Gesetzentwurfes sind:

- Mehr Transparenz und Stärkung der Verbraucherrechte durch einen neuen Rechtsanspruch für pflegebedürftige und behinderte Menschen sowie ihre Angehörigen auf unabhängige Beratung sowie durch eine neue Verpflichtung der Leistungserbringer, vor Vertragsabschluss in verständlicher Form über Art, Umfang, Preise und Grenzen ihres Angebotes zu informieren. Außerdem haben Leistungserbringer die Nutzer regelmäßig zu ihrer Zufriedenheit zu befragen und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Auch die Heimaufsicht wird ihre Prüfergebnisse veröffentlichen.
- Qualitätssicherung und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von Menschen, die ihre Interessen selbst vertreten können, durch eine Fachkraftquote von 50 Prozent sowie regel-

hafte, jährliche Kontrollen in Heimen und anlassbezogene sowie stichprobenartige Prüfungen in Wohngemeinschaften und Servicewohnanlagen.

- Bürokratieabbau durch eine klare Aufgabenverteilung der zuständigen Behörde, des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen und des Sozialhilfeträgers bei Qualitätsprüfungen. Dadurch werden insbesondere die Leistungserbringer entlastet: Sie können sich mehr auf den Menschen und seine Bedürfnisse konzentrieren.
- Qualitätsförderung durch Verpflichtung der Anbieter, ein Qualitäts- und Beschwerdemanagement einzurichten. Zudem soll gute Qualität nach außen sichtbar gemacht werden: Es wird veröffentlicht, wenn Leistungsanbieter eine Regelüberprüfung positiv bestanden haben.

Die Inhalte und Ziele des Gesetzentwurfes haben bei dem öffentlichen Beratungsprozess im Wesentlichen Zustimmung erfahren. Auf Anregung der Senioren- und Behindertenorganisationen, der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der Hamburgischen Pflegegesellschaft, der Trägerverbände sowie der Wohnungswirtschaft gehen u.a. folgende Änderungen im Gesetzentwurf zurück, ohne dass dadurch die zentralen Inhalte des Gesetzes berührt werden:

- Beschwerden dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Beschwerdeführers von anerkannten Beratungsstellen an die Aufsichtsbehörde weitergegeben werden.
- Die Gründer von Wohngemeinschaften sollen ihr Vorhaben rechtzeitig der zuständigen Behörde melden, damit sie im Vorfeld intensiv beraten werden können. Den Vermieter trifft keine Anzeigepflicht mehr, da von dieser Pflicht Erschwernisse beim Anmieten von Wohnraum für Wohngemeinschaften erwartet wurden.
- Bestimmte Anforderungen des Gesetzes sollen nicht für kleine ambulante Dienste mit weniger als fünf Beschäftigten gelten.
- Zudem fallen Servicewohnanlagen, die allgemeine Betreuungsleistungen unentgeltlich oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung vorhalten, nicht unter das Gesetz.

Nicht gefolgt werden konnte dem umstrittenen Vorschlag, das Servicewohnen insgesamt aus dem Anwendungsbereich des Gesetzes zu streichen. Hintergrund: Im bisherigen Bundesgesetz wird das Servicewohnen nicht berücksichtigt, der Anwendungsbereich beschränkt sich im Wesentlichen auf Heime. Nach der Föderalismusreform nutzt Hamburg die Chance der Neuregelung, um künftig auch die Interessen älterer, behinderter und betreuungsbedürftiger Menschen in Einrichtungen des Servicewohnens, bei ambulanter Pflege und Betreuung im eigenen Wohnraum und in Wohngemeinschaften zu berücksichtigen. Senator Wersich: „Im

Bereich des sogenannten Betreuten Wohnens benötigen wir mehr Transparenz und bei massiven Problemen auch Eingriffsmöglichkeiten. Die im Gesetz vorgesehenen Mindestanforderungen wie eine regelmäßig vor Ort erreichbare Betreuungsperson oder die technische Voraussetzung für einen Hausnotruf tragen den Wünschen der Bewohner Rechnung und sind in der Regel problemlos umzusetzen.“

Unter <http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/1400790/2009-04-28-bsg-heimgesetz.html> werden Hintergrundinformationen zum Gesetz sowie zur Situation pflegebedürftiger und behinderter Menschen in Hamburg gegeben.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsg/

26. August 2009/bsg26

Zukunft der HIV/AIDS-Prävention in Hamburg

AIDS-Kongress der Gesundheitsbehörde am 28. und 29. Oktober

„AIDS und HIV haben nichts an ihrer Aktualität verloren“, so Gesundheitssenator Dietrich Wersich. „Zwar haben wir in Hamburg sogar leicht rückläufige Neudiagnose-Zahlen, aber dies darf uns keinesfalls zur Gleichgültigkeit oder gar Untätigkeit verleiten. Statt des üblichen Senatsempfangs zum Welt-AIDS-Tag wollen wir dieses Jahr einen zukunftsweisenden Kongress veranstalten. Es gilt neue Wege der Prävention zu finden. Dazu bietet das Kongressprogramm mit Wissenschaftlern und Praktikern alle Voraussetzungen.“

Mit dem Kongress „Die Zukunft der HIV/AIDS/STD-Prävention in Hamburg“ will die Stadt ihre künftige Position im Kampf gegen die Krankheit AIDS erweitern und diskutieren. Der Kongress am 28. und 29. Oktober gibt allen, die in diesem Themenfeld aktiv sind, Gelegenheit zum Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse und Erfahrungen. Ein Senatsempfang am Abend des 28. Oktober wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses zudem die Möglichkeit zum Gespräch und zur Begegnung geben.

Der Kongress im Vorfeld des Welt-AIDS-Tages (1. Dezember) beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Infektionsgeschehen in den Hauptbetroffenengruppen und der Fortschreibung erfolgreicher zielgruppenspezifischer Präventionsstrategien. Er richtet sich ebenso an Ärztinnen und Ärzte wie an die in der HIV/AIDS/STD-Prävention tätigen Haupt- und Ehrenamtlichen.

Am ersten Kongresstag sind u.a. wissenschaftliche Vorträge des Robert-Koch-Instituts und des Wissenschaftszentrum Berlin zu der epidemiologischen Entwicklung von HIV/AIDS und STD in Deutschland vorgesehen. Auch Fragen der HIV/AIDS/STD-Prävention bei Männern die Sex mit Männern haben und bei Migrantinnen und Migranten aus so genannten Hochprävalenzländern stehen im Fokus bzw. sind Inhalt stattfindender Foren. Die Ergebnisse, die dann am zweiten Kongresstag präsentiert werden, sollen die Grundlage für eine zielgruppenspezifische AIDS-Prävention in Hamburg bieten. Zu den verschiedenen Themen

werden Expertinnen und Experten aus Deutschland und der Schweiz eingeladen. In einer abschließenden Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Hamburger Bürgerschaft werden die Ergebnisse schließlich bewertet.

Informationen zum Kongress stehen in Kürze auch unter www.hamburg.de/gesundheitsförderung online zur Verfügung.

Hintergrund

Während in Deutschland 2008 erstmals seit 2001 die Anzahl der Neudiagnosen lediglich leicht gestiegen ist und eine der niedrigsten Raten innerhalb West-Europas erreicht wurde, war in Hamburg sogar ein Rückgang der gemeldeten HIV-Neudiagnosen zu verzeichnen. Das Robert Koch-Institut geht aktuell von etwa 215 jährlichen HIV-Neuinfektionen in Hamburg aus. Auch im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten mit über 250.000 Einwohnern hat Hamburg seine Position verbessert und liegt unter dem Niveau von Berlin, Köln, und Frankfurt/Main auf Platz acht.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz;
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

28. August 2009/28bsg

Neuer Landesrahmenvertrag zur Kindertagesbetreuung unterzeichnet

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, die in der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege vertretenen Spitzenverbände, der Alternative Wohlfahrtsverband SOAL und die Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH haben heute einen neuen Landesrahmenvertrag „Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen“ geschlossen. Der Vertrag tritt am 1. Januar 2010 mit einer Laufzeit von fünf Jahren in Kraft. Er regelt unter anderem die Leistungsarten und -inhalte der Kindertagesbetreuung, die Personalqualifikation und -ausstattung sowie die Qualitätsentwicklung und Ausstattung der Kitas.

Hervorzuheben ist, dass im neuen Landesrahmenvertrag eine auf zwei Indices beruhende verbindliche Systematik für die Entwicklung der Leistungsentgelte vereinbart worden ist. Die Fortschreibung der Leistungsentgelte basiert künftig beim Personal auf der Entwicklung der Hamburger Arbeitnehmerentgelte im Bereich öffentliche und private Dienstleister sowie bei den Sach- und Gebäudekosten auf der Entwicklung der Verbraucherpreise. Damit ist sichergestellt, dass Kostenentwicklungen wie z.B. künftige Tarifänderungen in die Berechnungen der Leistungsentgelte einfließen.

Senator Dietrich Wersich: „Mit dem Vertragsabschluss haben wir für beide Seiten eine langfristige Planungssicherheit in der Kindertagesbetreuung geschaffen. In Zeiten der Wirtschaftskrise ist dies ein wichtiges politisches Signal.“

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsg/

01. September 2009/bsg01

Deutlich weniger obdachlose Menschen in Hamburg Empirische Untersuchung vorgestellt: 20 Prozent weniger Obdachlose als 2002

In Hamburg ist die Zahl der obdachlosen Menschen rückläufig: Im Vergleich zu 2002 leben heute 20 Prozent weniger Menschen ausschließlich oder überwiegend auf der Straße. Der Anteil junger Erwachsener Obdachloser ist stabil. Außerdem werden Hilfeangebote verstärkt in Anspruch genommen. Dies sind die zentralen Ergebnisse einer Obdachlosenbefragung, die im März im Auftrag der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz mit Unterstützung der Wohlfahrtsverbände durchgeführt worden ist. Heute wurden die Ergebnisse im Rahmen einer Pressekonferenz mit Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich vorgestellt.

„In der herkömmlichen Obdachlosen-Struktur können wir erhebliche Erfolge feststellen, die ein gemeinsamer Verdienst von Stadt, Trägern und Betroffenen sind. Hierfür möchte ich allen Beteiligten danken“, sagt Senator Dietrich Wersich. „Aber wir beobachten auch einen Wandel durch Zuwanderung. Während die Zahl der deutschen Obdachlosen sinkt, steigt die Zahl der nicht-deutschen Obdachlosen, darunter offenbar viele, die schon als Menschen ohne Obdach zuwandern. Eine sorgfältige Analyse dieser gegenläufigen Entwicklung ist erforderlich, um das Hilfesystem entsprechend den neuen Anforderungen weiterentwickeln zu können.“

Zentrale Ergebnisse der Befragung, die nach demselben Muster der früheren Befragungen durchgeführt wurde, um vergleichbare Daten zu erhalten, sind:

20 Prozent weniger Obdachlose als 2002

Die Zahl der Menschen, die angaben, ausschließlich oder überwiegend auf der Straße zu leben, ist in den letzten sieben Jahren um 20 Prozent und damit deutlich gesunken (2009: 1.029 Menschen, 2002: 1.281 Menschen).

Tatsächlich sind noch weniger einheimische Menschen obdachlos, da der Anteil nicht-deutscher Obdachloser seit 2002 von 17 Prozent auf 27 Prozent gestiegen ist. Außerdem konnten 115 obdachlose Menschen, die mitgezählt wurden, nach Ende des Winternotprogramms ihre Obdachlosigkeit beenden und in Wohnunterkünften oder Wohnungen vermittelt werden.

Die Zahl der jungen und weiblichen Obdachlosen ist rückläufig, der Anteil stabil

Der Anteil der unter 25jährigen Obdachlosen hat sich nicht erhöht, sondern ist seit der ersten Befragung 1996 mit 12 Prozent stabil.

Auch der Anteil der obdachlosen Frauen ist mit 22 Prozent seit 2002 auf gleichem Niveau.

Da die Gesamtzahlen rückläufig sind, sind auch absolut weniger junge und weibliche Obdachlose gezählt worden.

Höheres Durchschnittsalter, da weniger junge Langzeit-Obdachlose

Das Lebensalter der obdachlosen Menschen in Hamburg hat sich weiter erhöht, da es weniger junge Langzeitobdachlose gibt. Aktuell liegt das Durchschnittsalter bei 43 Lebensjahren (1996: 37 Jahre, 2002: 40 Jahre). Die Alterung der Obdachlosen zeigt, dass es besser gelingt, dauerhafte Obdachlosigkeit bei jüngeren Menschen zu vermeiden. Ältere Langzeit-Obdachlose hingegen weisen offenbar eine größere Entfernung zu den Ausstiegshilfen auf und ziehen teilweise trotz vorhandener Hilfeangebote ein Leben auf der Straße jeder anderen Wohnform vor.

In der Konsequenz ist daher auch die durchschnittliche Dauer der Obdachlosigkeit auf 58 Monate gestiegen (2002: 47 Monate), wobei berücksichtigt werden muss, dass viele Obdachlose ihre Obdachlosigkeit immer wieder unterbrechen. Auch hier zeigt sich, dass bei früher Unterstützung durch entsprechende Hilfeangebote die Integration und Vermittlung in Wohnraum gelingt, bei Langzeit-Obdachlosen jedoch eine Distanz zum Hilfesystem zu beobachten ist. Hier liegen besondere Herausforderungen für alle Beteiligten.

Hilfeangebote werden besser in Anspruch genommen

In den letzten drei Monaten haben rd. 60 Prozent der befragten Obdachlosen und damit 12 Prozent mehr als 2002 Übernachtungsangebote in Anspruch genommen. Auch weitere Hilfeangebote wie Tagesaufenthaltsstätten, Mobile Hilfen und der Mitternachtsbus werden gut in Anspruch genommen und von zwischen 49 und 64 Prozent der obdachlosen Menschen genutzt.

Weitere Erkenntnisse, die erstmalig erfragt wurden

- 77 Prozent der deutschen Obdachlosen besitzen eine Krankenversicherungskarte (30 Prozent der nicht-deutschen Obdachlosen).
- 75 Prozent der deutschen Obdachlosen beziehen Einkommen, der Großteil Arbeitslosengeld (58 Prozent), ansonsten Rente, Arbeitseinkommen oder Sozialhilfe. 10 Prozent gaben an, ohne Einkommen zu sein oder vom Betteln zu leben (5 Prozent). Weitere 10 Prozent gaben „Sonstiges“ an.
- 61 Prozent der obdachlosen Menschen haben nach eigenen Angaben Schulden, vor allem junge Obdachlose. In der Praxis erweist sich das Vorhandensein von Schulden oft als Integrationshemmnis: Obdachlose Menschen fliehen vor dem Schuldenberg und beginnen ein Leben auf der Straße. Da die Rückzahlung der Schulden als unüberwindliches Hindernis erscheint, werden die Hilfeangebote insgesamt stärker abgelehnt.
- 41 Prozent der deutschen und insgesamt 36 Prozent aller obdachlosen Menschen besitzen ein Girokonto. 43 Prozent der befragten Obdachlosen wollen kein Girokonto haben oder sie haben sich nicht darum gekümmert. Die 32 Prozent der Obdachlosen, die angaben, dass die Bank ihnen kein Girokonto gebe, waren in einem überproportional hohen Maße verschuldet.

Bewertung der Ergebnisse

Der Rückgang obdachloser Menschen in Hamburg zeigt, dass das Mitte 2005 eingeführte Fachstellenkonzept greift und es verstärkt gelingt, sowohl präventiv Obdachlosigkeit zu verhindern als auch bereits obdachlose Menschen zu integrieren. Dazu tragen unter anderem die seit 2002 durchgeführten Hilfemaßnahmen wie Straßensozialarbeit, die Einrichtung eines Stützpunktes für Obdachlose in der Innenstadt sowie die Vermittlung von Obdachlosen in eigenen Wohnraum oder in andere Hilfeangebote im Rahmen des Winternotprogramms bei. Allein im Rahmen des letzten Winternotprogramms konnten 115 obdachlose Menschen in eine feste Bleibe vermittelt werden.

Die Erfolge ermuntern zur Fortsetzung der Aktivitäten, zeigen aber auch neue Handlungsbedarfe. Die Sozialbehörde nimmt die Ergebnisse der Befragung daher zum Anlass, das bestehende Hilfesystem entsprechend dem Strukturwandel weiterzuentwickeln und wird sich hierbei unter anderem an den Bedürfnissen älterer Langzeit-Obdachloser orientieren. Senator Wersich: „Was bei jungen Obdachlosen gelingt, stellt uns bei älteren Langzeit-Obdachlosen vor eine Herausforderung, da sie sich mit der Obdachlosigkeit oft arrangiert haben. Hier gilt es, alle Möglichkeiten der Unterstützung auszuschöpfen.“

Trotz des stabilen Anteils jungerwachsener Obdachloser ist auch diese Personengruppe weiterhin im besonderen Fokus der Sozialbehörde. Die Einrichtung von speziellen Projekten für junge obdachlose Menschen wird von diesen gut angenommen und hat sich bewährt. Da jedoch etwa die Hälfte der befragten Jungerwachsenen angaben, vor ihrer Obdachlosigkeit bei ihren Eltern oder in Einrichtungen der Jugendhilfe gelebt zu haben, muss hier weiter überlegt werden, wie Obdachlosigkeit frühzeitig vermieden und Integration erreicht werden kann.

Peter Laschinski, Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege: „Es ist erfreulich, dass die Zahl obdachloser Menschen im Vergleich zur letzten Untersuchung zurückgegangen ist. Dennoch stellen die über 1.000 Menschen, die auf die Straße leben, eine große Herausforderung zum Handeln dar. Bedarf besteht nach unserer Einschätzung vor allem bei den Langzeitobdachlosen, da über 1/3 der befragten Menschen länger als 5 Jahre obdachlos sind. Hier müssen die spezifischen Angebote verbessert werden.“

Eine differenzierte Auswertung der Befragungsergebnisse wird auf einer für 2010 geplanten Fachtagung der Sozialbehörde zum Thema „Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ gemeinsam mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege vorgenommen.

Hintergrund und Durchführung der Befragung

Bei der nach 1996 und 2002 zum dritten Mal durchgeführten Untersuchung handelt es sich in Bezug auf die Größe der befragten Personengruppe und den Umfang der ermittelten Informationen um eine in Deutschland einmalige, repräsentative empirische Befragung von obdachlosen Menschen. Neben grundlegenden Strukturdaten wurden erstmalig Angaben zur Verschuldung, zum Vorhandensein eines Girokontos und einer Krankenversicherungskarte ermittelt.

Die Befragung ist vom 25. bis 31. März 2009 von dem Bremer Sozialwissenschaftler Torsten Schaak durchgeführt worden. Die Befragten wurden in rund 90 Anlaufstellen, die obdachlo-

sen Menschen in Hamburg Hilfe anbieten, aufgesucht, z.B. in Tagesaufenthaltsstätten, Bahnhofsmissionen, Suppenküchen, Mobilen Hilfen, der Krankenstube, Drogenberatungsstellen, Hinz und Kunzt, dem Mitternachtsbus, Notübernachtungseinrichtungen sowie diversen Beratungsstellen. Die Befragung war freiwillig und anonym.

Die Befragung ist im Internet einzusehen unter www.hamburg.de/obdachlosigkeit.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut, Tel.: 42863-28 89

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg/

4. September 2009/bsg04

Wersich fordert Konsequenzen in Berliner Gesundheitspolitik

Hamburgs Gesundheitssenator zur Diskussion um so genannte Fangprämien im Gesundheitswesen

Bundesweit wird derzeit über die sogenannten Fangprämien für niedergelassene Ärzte diskutiert. Gesundheitssenator Dietrich Wersich kritisiert unlautere Methoden, sieht aber ursächlich auch falsche Anreize der Berliner Gesundheitspolitik und fordert Konsequenzen.

„Die Diskussion zeigt eine Fehlentwicklung in der Berliner Gesundheitspolitik. Es wurden finanzielle Anreize geschaffen, die zu Verträgen der Krankenhäuser mit den Kassen über den Kopf des Patienten hinweg führten“, **so Gesundheitssenator Wersich.** „Statt diese Entwicklung, wie es Gesundheitsministerin Ulla Schmidt möchte, durch Selektivverträge sogar noch ausbauen, brauchen wir eine Rückbesinnung auf den Patienten. Wir wollen im Gesundheitswesen den Wettbewerb. Allerdings einen Wettbewerb, der Raum für Innovationen lässt, bei dem der Patient als informierter und mündiger Kunde im Mittelpunkt steht und durch seine Entscheidung bestimmt, wohin Gelder fließen. Nur durch diese Orientierung an der Patientenzufriedenheit besteht für Ärzte und Krankenhäuser der beste Anreiz kostengünstig, aber dennoch qualitativ hochwertig zu behandeln.“

Die sogenannten Fangprämien bezeichnet Wersich als inakzeptabel: „Ich kann Ärzte, die mit derartigen unlauteren Prämien geködert werden sollen nur auffordern, sich an die zuständigen Behörden zu wenden, damit wir gemeinsam mit der Ärztekammer und den Kassen entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen können.“

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz;
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

27. August 2009/bsb27

Schulsenatorin begrüßt Schüler der Hafencity-Schule

Start ins neue Schuljahr symbolisch eröffnet

Christa Goetsch, Senatorin für Schule und Berufsbildung, hat am ersten Schultag die Schülerinnen und Schüler der neuen Grundschule und zukünftigen Primarschule in der Hafencity begrüßt. Nach rund eineinhalb Jahren Bauzeit wurde das Haus im März 2009 fertig gestellt. Die Baukosten betragen 17,4 Millionen Euro. Im gleichen Gebäude ist auch eine Kindertagesstätte untergebracht.

Goetsch: „Die Hafencity ist ein neuer Stadtteil, in dem immer mehr Menschen leben und arbeiten. Mit der neuen Ganztagschule und Kita direkt vor Ort können sie Familie und Beruf besser vereinbaren. Das macht nicht zuletzt auch das Quartier attraktiver.“

An der Katharinschule in der Hafencity sind rund 150 Kinder. Für das neue Schuljahr wurden gut 50 Kinder angemeldet. Zunächst ist die Klassenstufe 1 zweizügig. Die Dreizügigkeit ist geplant. Durch die Vereinigung von Primarschule und Kita unter einem Dach werden die Kinder in einem vereinbarten Zeitrahmen verlässlich betreut – auch in den Schulferien. Außerdem versteht sich die Schule als Begegnungsort für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils. Sie öffnet sich in den Abendstunden für außerschulische Veranstaltungen und wird so zum sozialen Knotenpunkt für das Quartier.

Auch architektonisch ist das Gebäude eine Besonderheit. Der Pausenhof befindet sich auf dem Dach. Er ist als offener Hof mit einer berankten Umwehrung ausgelegt und verfügt über ein Schutzdach, das eine Nutzung auch bei Regen und starker Sonneneinstrahlung erlaubt. Goetsch: „Diese Lösung ist für alle Seiten gut. Die Kinder können sich auf einem sicher abgegrenzten Raum frei bewegen. Und für die Nachbarn ist die Geräuschentwicklung geringer.“ Als weitere Fläche für die Pause ist eine Nutzung im Sandtorpark vereinbart.

Das Projekt wurde nach einem europaweiten Vergabeverfahren durch den privaten Investor Otto Wulff Bauunternehmung GmbH & Co. KG im Rahmen einer Öffentlich Privaten Partnerschaft (ÖPP) realisiert. Das Grundstück verbleibt im Eigentum der Stadt.

Fakten

Baukosten: 17,4 Millionen Euro

Bauzeit: November 2007 bis März 2009

Architekten: Spengler und Wiescholak

Kita-Träger: Diakonisches Werk Hamburg

Realisierung: Öffentlich Private Partnerschaft (ÖPP) mit der Otto Wulff Bauunternehmung GmbH & Co. KG

-Die BSB zahlt in dem vereinbarten Bewirtschaftungszeitraum von 25 Jahren eine Investitionsrate (Tilgung und Finanzierung) sowie eine Bewirtschaftungspauschale. Aus Vermietungserlösen der Zweitnutzung gibt es eine pauschalierte Rückzahlung (zu Gunsten der Investitionsrate).

Bau: -5-geschossiger Baukörper

-Erdgeschoß: 2-geschossige Pausenmehrzweckhalle, Cafeteria, Küche, zwei Unterrichtsräume; Kita im EG und 1.OG des Südteils

-Obergeschosse: weitere Unterrichtsräume, Lehrerzimmer, Turnhalle. Besonderheit: Bibliothek, freie Spiel- und Lernzonen

-natürliche Belichtung und Belüftung der innen liegenden Räume über einen offenen, zentralen Lichthof

-Pausenhof auf dem Dach (berankte Umwehrung, Schutzdach für Regennutzung und Sonnenschutz), weitere ebenerdige Freiflächen (835 qm für die Schule, 310 qm für die Kita)

-Umwelt: KfW 60 Standard; in den Warmwasserkreislauf der Wohnungen, der Kita und der Schulküche wird Solarenergie aus Kollektoren auf dem Dach des Wohnteils eingespeist, für das Brauchwasser der Schule wird Regenwasser mit genutzt.

Rückfragen

Jan Bruns

stellv. Pressesprecher der Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburger Straße 31

22083 Hamburg

T: (040) 428 63 - 3634

F: (040) 427 971 - 434

E: jan.bruns@bsb.hamburg.de

Aktuelles zur Hamburger Schuloffensive:

www.hamburg.de/schulreform

3. September 2009/bsb03

Asbest: Keine Entwarnung

Nach dem Asbestfund in einer Hamburger Sporthalle und der vorsorglichen Schließung von inzwischen 123 weiteren Hallen gibt es entgegen anders lautender Presseberichte keine Entwarnung.

An der Peter-Petersen-Gesamtschule in Wellingsbüttel ist der Sporthalle 2 Asbest entdeckt worden. In der Umluft-Heizungsanlage wurde asbesthaltiges Dichtungsmaterial unsachgemäß verbaut. Beide Sporthallen der Peter-Petersen-Schule sind seit Donnerstag, 27.08.2009, gesperrt. Ebenfalls vorsorglich gesperrt wurden 123 weitere Hamburger Sporthallen, die mit einer ähnlichen Heizung aus der Zeit, in der noch Asbest verwendet wurde, ausgestattet sind. Jetzt wird geprüft, ob sie Asbest enthalten, ob dieses unsachgemäß verbaut wurde und ob die Hallenluft belastet ist. Die Hallen werden wieder freigegeben, so bald eine Belastung ausgeschlossen werden kann.

Die verbaute Menge Asbest an der Peter-Petersen-Schule ist nach aktueller Feststellung relativ klein. Trotzdem wurde bei einer Messung der Vorsorgegrenzwert von 1.000 Fasern pro Kubikmeter Raumluft mit 1.900 gemessenen Fasern überschritten.

Durch den Asbestfund sind keine Kinder oder Erwachsenen akut gefährdet. Ein Anlass dafür, dass sich Lehrkräfte oder Schülerinnen und Schüler ärztlich untersuchen zu lassen, besteht nicht. Das zeigen Erfahrungen mit Asbestfunden in den achtziger Jahren. Damals wurden alle Kinder und Lehrkräfte, die diese Räume nutzten, systematisch erfasst. Bis heute haben sich keine Hinweise darauf ergeben, dass im Zusammenhang mit der Asbestbelastung in der Zwischenzeit Erkrankungen aufgetreten sind.

In gleicher Weise wird die Unfallkasse Nord aus Gründen der Vorsorge auch dieses Mal die betroffenen Kinder und Lehrkräfte systematisch erfassen. Das gilt nicht nur für die Peter-Petersen-Schule, sondern auch für den Fall, dass in anderen Schulen eine Belastung der Raumluft mit Asbest gefunden werden sollte.

Grundsätzliche Informationen zur Einschätzung von Asbestbelastungen sind beim Beratungstelefon der Gesundheitsbehörde erhältlich: 040.428 37 37 37 (Sprechzeiten Mo-Fr, 9-14 Uhr)

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

25. August 2009/bsuhu25



Institut für Hygiene und Umwelt

Hamburger Landesinstitut für Lebensmittelsicherheit,
Gesundheitsschutz und Umweltuntersuchungen

Massenhaft Blaualgen in der Alster: Besser weg vom Wasser!

Seit Ende Juli ist auf Binnen- und Außenalster eine starke Algenblüte zu beobachten. In den letzten Tagen haben sich die Blaualgen nochmals sehr vermehrt. Bei diesen Algen handelt es sich überwiegend um Cyanobakterien (so genannte Blaualgen). Aktuell wurden im Freiwasser zwischen 13 und 65 Mikrogramm Chlorophyll pro Liter ($\mu\text{g/l}$) gemessen. Damit ist die vom Umweltbundesamt für Badegewässer empfohlene Warnschwelle für Vorsorgemaßnahmen von 40 $\mu\text{g/l}$ Chlorophyll in Binnen- und Außenalster an mehreren Messstellen überschritten.

In den Uferbereichen der Alster sind fast flächendeckend dichte, intensiv blau-grüne Algenteppiche und Algenschlieren zu beobachten, in denen mit hohen Blaualgenkonzentrationen weit über 100 $\mu\text{g/l}$ zu rechnen ist. Insbesondere Kinder, aber auch Hunde und andere Haustiere sollten unbedingt den Wasserkontakt meiden und von den Uferbereichen fern gehalten werden.

Die untersuchten Blaualgen können Microcystin bilden, das bei empfindlichen Personen zu Haut- und Schleimhautreizungen, Bindehautentzündungen und Ohrenschmerzen führen kann. Auch allergische Reaktionen sind möglich. Beim massenhaften Verschlucken dieser Algen kann es zu Übelkeit und Erbrechen kommen. Akute Leberschädigungen durch Cyanotoxine sind für Haus- und Nutztiere sowie wild lebende Tiere, einschließlich Fische und Vögel vielfach beschrieben worden.

Algen treten zu jeder Jahreszeit in unseren Gewässern auf, vermehren sich aber besonders stark in den Sommermonaten. Auch in diesem Jahr untersucht das Institut für Hygiene und Umwelt seit April 2009 die Algenentwicklung in der Alster. Blaualgen traten in diesem Jahr erstmals Anfang Juni in sehr geringen Konzentrationen auf. Wie lange die Blaualgenblüte andauern wird, ist in erster Linie abhängig von den Witterungsbedingungen der nächsten Tage. Die Biologen des Instituts für Hygiene und Umwelt werden die Entwicklung weiter beobachten.

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Pressesprecher Volker Dumann

Tel. + 49 (40) 42840-3249, E-Mail: volker.dumann@bsu.hamburg.de

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Pressesprecherin Institut für Hygiene und Umwelt, Janne Klöpfer

Tel. + 49 (40) 42845-7304, E-Mail: janne.kloepfer@hu.hamburg.de

1. September 2009 /bsu01a

Erster Tag FÖJ

58 junge Erwachsene beginnen ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr

Heute starten 23 junge Frauen und 35 junge Männer ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) in Hamburg. Die eine Hälfte kommt aus Norddeutschland, die andere aus dem restlichen Bundesgebiet. Sie werden ein Jahr in den verschiedensten Einsatzstellen für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz arbeiten.

Umweltsenatorin Anja Hajduk: „Das FÖJ in Hamburg ist weiter auf Erfolgskurs. Allein im zukunftsträchtigen Bereich Klimaschutz konnten seit dem letzten Jahr dreizehn neue Einsatzstellen eingerichtet werden. Das FÖJ ist eine Zukunftsinvestition. Hier lernen junge Leute verschiedene Facetten von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz kennen. Später ergreifen viele von Ihnen Berufe in diesen Bereichen oder bleiben dem Umweltschutz auf andere Weise verbunden.“

Die Jugendlichen erleben im FÖJ, dass Umweltschutz inzwischen eine wesentliche Aufgabe in öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft ist. Dass das FÖJ auch für Unternehmen sehr attraktiv ist, zeigt das Engagement der Stadtreinigung Hamburg: Sie stellt inzwischen sieben Plätze in verschiedenen Unternehmensbereichen zur Verfügung.

Das begleitende Seminarprogramm unterstreicht den Charakter des FÖJ als Bildungsjahr. Hierbei werden Einsichten in ökologische Themen- und Problemstellungen sowie in globale Zusammenhänge vertieft und Anregungen zum Umweltschutz im Alltag gegeben.

Die Freiwilligen erhalten monatlich 355 € Taschengeld. Der heutige erste September steht vor allem im Zeichen eines ersten Kennenlernens und praktischer Fragen zum Ablauf des Jahres. Morgen werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den ersten Tag in ihren Einsatzstellen verbringen. Da geht es dann zur Apfelernte ins Umweltzentrum Karlshöhe oder zur Betreuung von Kindergruppen in die Boberger Niederung. Andere erklären Wattwanderern die Insel Neuwerk, geben am Telefon Auskunft zu Müllsammelterminen oder recherchieren im Internet zum Thema Klimaschutz.

Momentan sind alle Stellen besetzt, aber wer sich schon für das nächste Jahr informieren möchte, findet unter www.hamburg.de/foej <<http://www.hamburg.de/foej>> alles Wichtige zum FÖJ in Hamburg.

Kontakt:

Behörde f. Stadtentwicklung und Umwelt,
Volker Dumann, 040-428.40-3249 oder -3063, - 2051, 2058,
volker.dumann@bsu.hamburg.de <<mailto:volker.dumann@bsu.hamburg.de>>

24. August 2009/bksm24

Senat führt Gespräche mit Künstlern im Gängeviertel

Gemeinsame Lösung mit allen Beteiligten angestrebt

Als Reaktion auf die Künstlerinitiative im Gängeviertel hat die Behörde für Kultur, Sport und Medien heute das Gespräch mit den Künstlern aufgenommen. Unter Einbeziehung aller Beteiligten sollen die Anliegen der Künstler diskutiert und eine einvernehmliche und konstruktive Lösung gefunden werden.

Senatorin für Kultur, Sport und Medien, Prof. Dr. Karin v. Welck: „Wir nehmen die Anliegen der Künstler im Gängeviertel sehr ernst und es hat schon eine erste Kontaktaufnahme mit ihnen gegeben. Nun müssen wir gemeinsam mit allen Beteiligten klären, inwiefern eine Lösung im Gängeviertel möglich ist und welche Alternativen in der Stadt vorhanden sind bzw. entwickelt werden können.“

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Anja Hajduk: „Alle Beteiligten müssen für das Gängeviertel schnell eine tragbare Lösung finden. Die BSU wird sich zügig dafür einsetzen, dass möglichst unter Erhaltung historischer Bausubstanz das Gängeviertel wieder zu einem lebendigen Teil der Hamburger Innenstadt wird. Hierfür ist es wünschenswert, bei der Nutzung einen bunten Mix aus Wohnen, Kultur und Gewerbe zu erreichen.“

Einige Gebäude wurden im Verlauf des heutigen Tages von der SAGA und der Sprinkenhof AG verschlossen, um die notwendige Sicherheit für Personen und die Gebäude zu gewährleisten. Zu keinem Zeitpunkt hat es eine Anforderung oder Anweisung von Seiten der SAGA, SpriAG oder der Finanzbehörde zur Räumung oder Durchführung anderer polizeilicher Maßnahmen gegeben. Auch eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch wird von keiner Seite in Erwägung gezogen.

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen

Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293, Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

Enno Isermann

Pressesprecher der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
040 – 428 40 20 51, enno.isermann@bsu.hamburg.de

Daniel Stricker

Pressesprecher der Finanzbehörde
040 – 428 23 1662, daniel.stricker@fb.hamburg.de

26. August 2009/bksm26

Ausgezeichnete Kinos von Abaton bis Zeise

Hamburger Kinopreise an 11 Programm- und Stadtteilkinos Aufstockung des Preisgeldes auf 80.000 Euro ab 2010

Im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung hat die Senatorin für Kultur, Sport und Medien, Prof. Dr. Karin v. Welck, am Dienstag im Osdorfer Elbe Filmtheater elf Programm- und Stadtteilkinos mit den Hamburger Kinopreisen ausgezeichnet und eine Erhöhung des Preisgeldes auf 80.000 Euro ab 2010 verkündet. Die diesjährigen Preise in Höhe von insgesamt 60.000 Euro gingen an die Programm- und Stadtteilkinos Abaton (15.000 Euro), 3001 (11.000 Euro), Zeise Kinos (10.000 Euro), Koralle (5.000 Euro), Magazin (4.000 Euro), Elbe Filmtheater und Alabama Kino (je 3.000 Euro), B-Movie und Lichtmess (je 2.500 Euro), Fama und Blankeneser Kino (je 2.000 Euro). Die Hamburger Kinopreise werden jährlich von der Behörde für Kultur, Sport und Medien und der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein vergeben.

Senatorin Karin v. Welck: „Mit den Kinopreisen möchten wir die wichtige kreative Arbeit der Hamburger Kinomacher unterstützen, die sich Jahr für Jahr mit viel Engagement und Herzblut für ein abwechslungsreiches und anspruchsvolles Programm einsetzen und mit ihrer Programmvielfalt und –qualität das Hamburger Publikum begeistern. Ab 2010 werden wir diese Förderung noch verstärken, indem wir das Preisgeld auf 80.000 Euro erhöhen.“

Eva Hubert, Geschäftsführerin der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein: „Die Preise sind eine wichtige Strukturförderung und garantieren den Fortbestand einer gewachsenen Hamburger Kinotradition, die auch bundesweit Strahlkraft besitzt.“

Auch die bundesweiten Kinoprogrammpreise werden in diesem Jahr bereits zum dritten Mal in Hamburg verliehen, denn als Vorjahressieger ist das *3001 Kino* (nach den *Zeise Kinos* im Jahr 2002 und dem *Abaton Kino* im Jahr 2006) Ausrichter und Gastgeber der diesjährigen Preisverleihung, die mit über 400 Gästen am 30. September 2009 in den Fliegenden Bauten geplant ist.

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293

Helen Peetzen und Marein Budiner
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein GmbH
040 – 398 37 16

28. August 2009

Stadtplan „Orte jüdischen Lebens und jüdischer Geschichte in Hamburg“ ab sofort wieder erhältlich

Behörde für Kultur, Sport und Medien veröffentlicht zweite Auflage

Der im März 2009 von der Behörde für Kultur, Sport und Medien (BKSM) veröffentlichte Stadtplan „Orte jüdischen Lebens und jüdischer Geschichte in Hamburg“ stieß auf so großes Interesse, dass die 5.000 Exemplare bereits nach wenigen Wochen vergriffen waren. Daher ist nun eine zweite Auflage in Höhe von 25.000 Exemplaren erschienen. Ab sofort ist der Stadtplan wieder kostenlos erhältlich, unter anderem im hamburgmuseum, im Café Leonar am Grindel und bei den Tourist Informationen am Hauptbahnhof (Wandelhalle) und am Hafen.

Der Faltplan, den die BKSM in Zusammenarbeit mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) entwickelt hat, konnte dank Unterstützung der Hamburg Marketing GmbH und der Hamburg Tourismus GmbH neu aufgelegt werden. Er führt an 30 Orte des Gedenkens und der Geschichte, aber auch des heutigen jüdischen Lebens in Hamburg, z.B. zu jüdischen Cafés, Museen, Kultur-, Gemeinde- und Forschungseinrichtungen. Ergänzt wird die bebilderte Karte von erläuternden Kurztexten auf Deutsch, Englisch und Hebräisch.

Der Stadtplan geht hervor aus dem Runden Tisch „Wie geht Hamburg mit seinem jüdischen Erbe um?“, der von Senatorin von Welck im Februar 2008 eingesetzt wurde. Die Karte dokumentiert die über Jahrhunderte gewachsene Selbstverständlichkeit jüdischen Lebens in Hamburg, das stets eng mit bürgerschaftlicher Verantwortung für das Gemeinwohl verknüpft war, wie zum Beispiel der Errichtung von Krankenhäusern, Denkräumen und Bibliotheken.

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207

oder

Ilka v. Bodungen
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293

02. September 2009/bksm02

„Viel Vergnügen!“ in Baudenkmalern

Tag des offenen Denkmals 2009

Theaterbühne, Kaffeeklappe, Eiskeller und Luxushotel – zum Tag des offenen Denkmals am 12. und 13. September 2009 präsentieren sich die Denkmäler der Hansestadt unter dem Motto „Viel Vergnügen! - Historische Orte des Genusses“. Hamburgs älteste Weinhandlung unter dem Mahnmahl St. Nikolai öffnet zum ersten Mal nach jahrelangem Leerstand für Besichtigungen mit anschließender Weinprobe und Traditionshotels wie das MARITIM Hotel Reichshof zeigen sonst verschlossene Räume. Erstmals gibt es auch Kinderangebote, wie eine Familienrallye im Museum für Hamburgische Geschichte. Als Auftakt zum Wochenende referieren renommierte Fachleute aus den Bereichen Denkmalpflege, Architektur, Kunstgeschichte und Musik am Freitag, den 11. September, ab 14 Uhr im Logenhaus an der Moorweide zum Schwerpunktthema „Viel Vergnügen! - Historische Orte des Genusses“.

Abgerundet wird das Programm durch ein Dutzend Kulturveranstaltungen, bei denen die Denkmäler neu in Szene gesetzt werden: An mehreren Abenden zeigt der Kinoveranstalter „Flexibles Flimmern“ den Stummfilm „Das Cabinet des Dr. Caligari“ in einer expressionistischen Eingangshalle bei den Elbbrücken, am Samstagabend projiziert „A Wall is A Screen“ Kurzfilme an Häuserwände und am Sonntagabend gibt es einen chinesischen Abend mit Projektionen, Lesung und Musik in St. Katharinen. Außerdem finden Konzerte im grünen Innenhof des „Café Hadleys“, auf der Flussschifferkirche und im Römischen Garten statt, in der Münzburg liest der „Machtklub“ zu Bildern einer Ausstellung und im Literaturhaus wird wieder im Stile der 20er Jahre getanzt.

Die Veranstaltungen sind kostenlos, bei einigen muss man sich jedoch rechtzeitig vorher anmelden, weil die Besucherzahl begrenzt ist. Das Programm liegt in Cafés, Kultureinrichtungen, Bücherhallen, Bezirksämtern, der Touristeninformation und im Rathaus aus. Außerdem sind aktuelle Änderungen unter www.denkmalschutzamt.hamburg.de zu finden. Der Tag des offenen Denkmals ist eine europaweite Veranstaltung, die in Hamburg durch das Denkmalschutzamt und die Stiftung Denkmalpflege Hamburg organisiert wird.

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen, Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293, ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

Kristina Sassenscheidt, Denkmalschutzamt
Tel.: 040 – 428 63 3536, denkmaltag@bksm.hamburg.de

1. September 2009/jb01

Senat beschließt: Regelung des Vollzugs der Untersuchungshaft geht in die Verbändeanhörung

In seiner heutigen Sitzung hat der Senat den Entwurf für ein Untersuchungshaftvollzugs-gesetz beschlossen. Damit wird nun eine Anhörung von Fachverbänden durchgeführt.

Justizsenator Dr. Till Steffen: „Untersuchungsgefangene verbüßen keine Strafhaft. Für sie streitet bis zum rechtskräftigen Urteil die Unschuldsvermutung. Dem wollen wir noch stärker Rechnung tragen, indem Untersuchungsgefangene konsequent von anderen Gefangenen getrennt untergebracht werden. Sie sollen zudem in Einzelzellen untergebracht werden. Das dient dem Schutz ihrer Privat- und Intimsphäre und soll wechselseitigen Übergriffen vorbeugen.“

Mit der Vorlage des Gesetzes macht Hamburg erstmals von seiner seit dem 1. September 2006 bestehenden Gesetzgebungskompetenz für den Untersuchungshaftvollzug Gebrauch. Gegenwärtig ist das Recht des Vollzugs der Untersuchungshaft in mehreren Bundesgesetzen und der Untersuchungshaftvollzugsordnung geregelt.

Der genaue Wortlaut des Gesetzentwurfs ist im Internet unter <http://www.hamburg.de/justizbehoerde/> abrufbar.

Das sind die wesentlichen Eckpunkte im neuen Untersuchungshaftvollzugsrecht für Hamburg.

Aufgabe des Untersuchungshaftvollzuges: Durchführung des Strafverfahrens gewährleisten

Aufgabe des Vollzugs der Untersuchungshaft ist es, die Durchführung eines geordneten Strafverfahrens zu gewährleisten, indem der Untersuchungsgefangene sicher untergebracht wird. Zudem soll durch die Untersuchungshaft den gesetzlichen Haftgründen entgegen gewirkt werden, nämlich der Fluchtgefahr, der Verdunkelungsgefahr und – bei bestimmten Delikten – der Wiederholungsgefahr.

Getrennte Unterbringung

Gefangene in der Untersuchungshaft sollen von den anderen Gefangenen getrennt untergebracht werden. Damit soll deutlich werden, dass Untersuchungshaftgefangene keine Strafhaft verbüßen. In besonderen Fällen kann von diesem Grundsatz abgewichen werden. Wichtigster Fall ist die Zustimmung des Gefangenen zur Aufhebung der getrennten Unterbringung.

Grundsatz der Einzelunterbringung

Das Gesetz sieht die Einzelunterbringung von Gefangenen während der Ruhezeit vor. Das dient dem Schutz der Privat- und Intimsphäre und soll auch wechselseitigen Übergriffen vorbeugen. In bestimmten Fällen sind Ausnahmen zulässig, z. B. wenn bei Einzelunterbringung eine Gefahr für Leib oder Leben des Gefangenen besteht. Bis zum 31. Dezember 2014 greift wegen Bau- und Sanierungsbedarfen in der Untersuchungshaftanstalt eine Übergangsvorschrift ein, nach der Gefangene während der Ruhezeit mit ihrer Zustimmung gemeinsam untergebracht werden können.

Größere Sachnähe bei Entscheidungen über Vollzugsfragen

Für Entscheidungen, die die Sicherheit und Ordnung in der Untersuchungshaft betreffen, ist jetzt die Haftanstalt zuständig. Das umfasst z. B. die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen und die Festlegung der Gegenstände, die der Gefangene in seiner Zelle haben darf. Bisher liegt die Zuständigkeit für diese Entscheidungen beim Gericht.

Arbeit und Taschengeld

Untersuchungsgefangene müssen nicht arbeiten. Ihnen soll aber eine Beschäftigung oder in geeigneten Fällen eine Möglichkeit zur Verbesserung schulischer und beruflicher Kenntnisse angeboten werden. Arbeiten Gefangene oder nehmen sie an einer Bildungsmaßnahme teil, erhalten sie eine Vergütung, die mit dem Untersuchungshaftvollzugsgesetz auf das im Strafvollzug geltende Niveau angehoben wird. Wenn einem Gefangenen weder Arbeit noch eine Bildungsmaßnahme angeboten werden kann und er bedürftig ist, soll er fortan von der Anstalt ein Taschengeld erhalten. Dieses Taschengeld beträgt zurzeit 1,52 Euro pro Arbeitstag.

Einarbeitung der Verfassungsgerichtsrechtsprechung

Bei der Regelung der Durchsuchung von Gefangenen reagiert das Gesetz auf die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung zur Durchsuchung im Intimbereich. Eine mit Entkleidung des Gefangenen verbundene Durchsuchung ist nunmehr nur noch zulässig, wenn konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Sicherheit und Ordnung der Anstalt dies erfordern.

Erweiterung der Besuchszeiten

Gefangene werden künftig monatlich Anspruch auf zwei Stunden Besuchszeit haben. Bisher bestand nur Anspruch auf eine Stunde Besuchszeit. Jugendliche werden Anspruch auf vier Stunden Besuchszeit im Monat haben. Weitergehende Besuchszeiten sind unter bestimmten Voraussetzungen zulässig.

Spezielle Regelungen zum Umgang mit jungen Untersuchungsgefangenen

Die Untersuchungshaft bei jungen Untersuchungsgefangenen orientiert sich an den Grundsätzen des neuen Hamburgischen Jugendstrafvollzugsgesetzes. Erziehungs- und Förderbedarfe sollen individuell berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Bildung und Freizeitgestaltung.

Für Rückfragen:
Volker Bulla, Stellvertretender Pressesprecher der Justizbehörde
Telefon: 040-42843-3143 Mobil: 0172-4327953
Email: pressestelle@justiz.hamburg.de

1. September 2009/bksm01

Ruder-Welt-Cup 2011 in Hamburg

Gestern hat der Weltruderverband FISA auf seinem Kongress im polnischen Poznan entschieden, dass 2011 ein Rennen des Ruder-Welt-Cup 2011 in Hamburg stattfinden wird. Die Welt-Cup-Serie wird seit 1997 ausgetragen und setzt sich aus drei internationalen Regatten zusammen. Es werden weit über 500 Athleten aus mehr als 30 Nationen erwartet. Voraussichtlicher Ausrichtungstermin wird vom 17. – 19. Juni 2011 sein.

Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck: „Ich freue mich sehr, dass die Bewerbung um den Ruder-Welt-Cup 2011 zum Erfolg geführt hat. Eine internationale Veranstaltung am Wasser passt hervorragend in das Konzept der Sportstadt Hamburg die traditionell eine Hochburg des Rudersports ist. Mit der 2011 ausgebauten und idyllisch gelegenen Ruderstrecke in Hamburg-Allermöhe wird es gelingen, unvergleichliche Bilder unserer Stadt in die Welt zu liefern. Ich bin überzeugt, dass die Sportstadt Hamburg ein guter Gastgeber für die internationalen Gäste sein wird und wir außerordentliche Wettkämpfe erleben werden.“

„Wir freuen uns sehr, dass wir nach drei Jahren intensiver Vorarbeit und vielen Gesprächen den Zuschlag erhalten haben. Die Sportstadt Hamburg ist damit um eine großartige Veranstaltung reicher und für unsere Spitzenathletinnen und -athleten ist es ein verdienter Lohn, dann vor heimischem Publikum antreten zu können“, kommentiert der Vorsitzende des Allgemeinen Alster-Club (AAC) Jürgen Warner die Entscheidung des Weltverbandes.

Für Rückfragen:

Kai-Uwe Inselmann
Pressesprecher Sport
Pressestelle der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 -428 24 214
kai-uwe.inselmann@bksm.hamburg.de

31. August 2009/bsg31

Amtsantritt von Antje Blumenthal als neue Senatskoordinatorin

Morgen tritt Antje Blumenthal ihr Amt als Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen an. Sozialsenator Dietrich Wersich: „Ich freue mich, dass die Zusammenarbeit mit Antje Blumenthal jetzt beginnt und wünsche ihr für ihre neue Aufgabe viel Erfolg.“ Die Senatskoordinatorin ist zentrale Ansprechpartnerin für alle Fragen rund um Behinderung und aus einer unabhängigen Position heraus als Mittlerin zwischen Bürger und Verwaltung tätig.

Antje Blumenthal ist in Hamburg aufgewachsen, hat ihre Ausbildung und Verwaltungslaufbahn in der Steuerverwaltung absolviert und sich schon früh gesellschaftlich engagiert. Sie war viele Jahre Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, dort von 1994 bis 1997 Vorsitzende des Sozialausschusses. In dieser Zeit hat sie – gegen langjährige Widerstände – mit ihrem Antrag die Einführung von Wahlschablonen für blinde Menschen bei allen Hamburger Wahlen durchgesetzt. Seit 2001 ist Antje Blumenthal Abgeordnete im Deutschen Bundestag, ihre politischen Schwerpunkte liegen unter anderem in der Behindertenpolitik und den Herausforderungen des demographischen Wandels. Auf eine erneute Kandidatur für den Bundestag hat sie verzichtet. Zum 1. September wird sie nun die ehrenamtliche Aufgabe der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen in Hamburg wahrnehmen und damit nach zehn Jahren Herbert Bienk nachfolgen.

Zu erreichen ist das Büro von Frau Blumenthal telefonisch unter 040/ 428 63-5724 sowie per Mail unter behindertengleichstellung@bsg.hamburg.de.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsg/

28. August 2009/bez28

Bezirksversammlungen online

Hamburgische Kommunalpolitik im Internet:

Nach den Bezirken Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Wandsbek informieren ab sofort auch die Bezirksämter Altona und Bergedorf über die Sitzungen ihrer Bezirksversammlungen und derer Ausschüsse im Internet.

Damit bietet das Onlineportal nun tagesaktuell aus fünf der sieben Hamburger Bezirke die Sitzungstermine der bezirklichen Gremien, die Einladungen und öffentlichen Drucksachen an. Gleichzeitig kann man Einblick nehmen in die Protokolle vergangener Sitzungen oder den historischen Beratungsverlauf einzelner Tagesordnungspunkte verfolgen. Das Onlineportal "**Bezirksversammlungen Online**" ist im Internet über den Hamburgservice unter der Adresse <https://gateway.hamburg.de/> zu erreichen.

Gleichzeitig wurde das Informationsangebot auch qualitativ verbessert. Es besteht nun die Möglichkeit, innerhalb eines Bezirkes über Stichworte in Drucksachen und Protokollen zu recherchieren. Ebenso kann mittels einer Volltextrecherche bezirksübergreifend nach den gewünschten Informationen gesucht werden.

Für Rückfragen: Jan-Peter Uentz-Kahn, Tel.: 040/428 04 5627

Jan-Peter.Uentz-Kahn@hamburg-nord.hamburg.de

04.09.09/bsb04

Neu erschienen bei der Landeszentrale für politische Bildung:

„Stolpersteine in Hamburg-St.Pauli. Biographische Spurensuche“ von Christiane Jungblut und Gunhild Ohl-Hinz

Die Landeszentrale für politische Bildung und das Institut für die Geschichte der deutschen Juden haben soeben die fünfte Broschüre der Publikationsreihe „Stolpersteine in Hamburg. Biographische Spurensuche“ herausgegeben. Diese Publikation widmet sich dem Stadtteil St.Pauli.

Christiane Jungblut, Gunhild Ohl-Hinz und ihre MitautorInnen haben die Biographien von etwa 150 Menschen zu den in St. Pauli verlegten Stolpersteinen recherchiert und aufgeschrieben. Das Buch enthält darüber hinaus einen Rundgang zur Geschichte der Homosexuellen auf St. Pauli.

Die Broschüre „Stolpersteine in Hamburg-St.Pauli. Biographische Spurensuche“ ist erschienen und im Informationsladen der Landeszentrale für politische Bildung wie im St.Pauli Archiv in der Wohlwillstraße 28 erhältlich!

Bisher sind folgende Bände in dieser Publikationsreihe erschienen:

2007 Hildegard Thevs, Stolpersteine in Hamburg-Hamm. Biographische Spurensuche.

2008 Birgit Gewehr, Stolpersteine in Hamburg-Altona. Biographische Spurensuche.

2008 Astrid Louven/Ursula Pietsch, Stolpersteine in Hamburg-Wandsbek mit den Walddörfern. Biographische Spurensuche.

2008 Ulrike Sparr, Stolpersteine in Hamburg-Winterhude. Biographische Spurensuche.

Alle Publikationen bekommen Sie gegen eine Bereitstellungspauschale von 2,- EURO pro Buch im Infoladen der Landeszentrale für politische Bildung, Altstädter Straße 11, während der Öffnungszeiten von Mo-Do: 13.30 Uhr bis 18 Uhr und Fr: 13.30 Uhr bis 16.30 Uhr.

Bei Rückfragen:

Dr. Rita Bake, rita.bake@bsb.hamburg.de, Tel: 42854-2146

Michael Hallmann, michael.hallmann@bsb.hamburg.de, Tel.: 42854-2142

04. September 2009/fb04

Einheitlich und Bürgerfreundlicher – Das Finanzamt Mitte setzt Umstellung der Hamburger Finanzämter fort.

Im Rahmen der einheitlichen und bürgerfreundlicheren Organisation der Hamburger Finanzämter wird Ende September 2009 das Finanzamt Hamburg-Mitte umgestellt.

Zur schnelleren Bearbeitung erhalten die ca. 30.000 Steuerakten zukünftig neue Steuernummern, die neben den Identifikationsnummern zu verwenden sind. Zur reibungslosen Umstellung werden derzeit im Finanzamt Hamburg-Mitte alle organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Neben der bereits bestehenden Informations- und Annahmestelle werden für Unternehmen eine zentrale „Umsatzsteuer-Voranmeldungsstelle“ sowie für Unternehmens-Neugründungen eine „Neugründungsstelle“ zusätzlich eingerichtet.

In der heißen Phase der Umstellung ab 17. September 2009 bleibt das Finanzamt wie folgt erreichbar: Sowohl über die schon seit Jahren bewährte Informations- und Annahmestelle gleich im Erdgeschoss rechts als auch telefonisch über die Telefonzentrale 040/ 428 70 70 und eingeschränkt unter den Nummern 040/ 428 53 - 3702 bzw. - 2164.

Die organisatorische Umstellung der weiteren 8 Regionalfinanzämter wird nach und nach erfolgen und voraussichtlich Ende 2010 abgeschlossen sein. Die Finanzbehörde wird die Bürgerinnen und Bürger jeweils zeitnah informieren.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 7. September bis 13. September 2009

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 07.09.2009

- 10:00** Heinrich-Wolgast-Schule, Greifswalder Str. 40
Bürgermeisterin Christa Goetsch überreicht **Bio-Brotboxen an Erstklässler/innen einer ausgewählten Schule, anlässlich der Bio-Brotbox-Aktion Hamburg 2009.**
- 11:00** Bonn, ehemaliger Plenarsaal des Deutschen Bundestages
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil an der **Feierstunde zum 60. Jahrestag der Konstituierung des Ersten Deutschen Bundestages.**
- 11:00** Großer Festsaal, Rathaus
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **Festaktes zum 100. Geburtstag von Dr. h.c. Kurt A. Körber.**
- Bürgermeisterin Christa Goetsch, Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck, Senatorin Anja Hajduk, Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert und Staatsrat Dr. Michael Voges nehmen teil.
- 17:30** Gästehaus des Senats, An der Schönen Aussicht 26 / Feenteich
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters empfängt **18 Nachwuchsdiplomaten aus dem asiatischen Raum.**
- 19:00** St. Jacobi-Kirche, Jacobikirchhof 22, Eingang Steinstraße
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein **Grußwort anlässlich der Tagung „Hamburg. Eine Metropolregion zwischen Früher Neuzeit und Aufklärung“.**
- 19:00** Axel-Springer-Passage
Staatsrat Dr. Manfred Jäger spricht das **Grußwort zur Ausstellungseröffnung „Wiedersehen in Hamburg - 5 junge Künstler aus Jerusalem“.**
- 19:00** Hotel Atlantic, An der Alster 72
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert empfängt eine **Delegation aus Barcelona mit Vertretern aus dem Krankenhaus- und Life Sciences-Bereich** zu einem Abendessen im Rahmen ihres eineinhalbtägigen Hamburgbesuchs.
- 19:45** Hamburger Rathaus, Kaisersaal
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein **Grußwort anlässlich des Senatsempfangs zur Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft für Medizinisches Bibliothekswesen.**
- 20:00** Literaturhaus, Schwanenwik 38
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Buchpräsentation „Aufbruch“ der Autorin Ulla Hahn.**

Dienstag, den 08.09.2009

- 11:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Generalkonsul der Islamischen Republik Iran, Mohammad Ali MIRKHANI**, zum Abschiedsbesuch.
- 11:45** Handelskammer Hamburg, Albert-Schäfer-Saal
Senator Dr. Till Steffen spricht ein **Grußwort** anlässlich des **60-jährigen Jubiläums des Finanzgerichts**.
- 18:30** Justizministerium Niedersachsen, Am Waterlooplatz 1, Hannover
Senator Dr. Till Steffen ist **Teilnehmer der Podiumsdiskussion „Justiz-Kontrovers“ zur Selbstverwaltung der Justiz in Hannover**.
- 19:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann hält ein **Grußwort anlässlich der Podiumsdiskussion zum Thema „Die Strategie der Europäischen Union für die Ostseeregion“**, eine gemeinsame Veranstaltung der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg und der europe direct Info-Point Europa.
- 19:00** Laeiszhalle, Johannes-Brahms-Platz
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **Festkonzert zum 80. Geburtstag von Christoph von Dohnányi**.

Mittwoch, den 09.09.2009

- 09:00** Berlin, Botschaft des Königreichs Schweden, Rauchstr. 1
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt am **EU-Briefing zur Schwedischen Ratspräsidentschaft** teil, zu der das **Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland und die Botschaft des Königreichs Schweden einladen**.
- 10:30** Rahlstedter Straße 151-157, 1. OG
Senator Dietrich Wersich eröffnet den **Pflegestützpunkt in Rahlstedt mit einem Grußwort**.
- 12:00** Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein **Grußwort** anlässlich der **Eröffnung der GBV (Gemeinsamer Bibliotheksverbund) Verbundkonferenz**.
- 13:30** WDR Fernsehstudios, Köln-Bocklemünd
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nimmt am **Kongress „Bunte Stadt – Kinder, Medien und Kulturen“ der Stiftung „Lebendige Stadt“ und des Deutschen Städtetages** teil.
- 16:00** Hauptkirche St. Nikolai am Klosterstern, Harvestehuder Weg 118
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält einen **Vortrag zum Thema „Der alte Mensch als Thema der Kulturpolitik“ bei der Hamburger Seniorenakademie**.
- 17:00** Finanzbehörde, Leo-Lippmann-Saal, Gänsemarkt 36,
Senator Dr. Till Steffen hält eine Rede anlässlich der **Jahrestagung 2009 der Bürgerstiftungen in Norddeutschland zum Thema „Stiften auch oh-**

ne Millionen“.

- 17:00** Max-Planck-Institut, Mittelweg 187
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein **Grußwort** anlässlich des „**Stabwechsels**“ im **Direktorium des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht**.
- 18:00** Berlin, Haus der Kulturen der Welt, John-Forster-Dulles-Allee 10
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt in Anwesenheit des Bundespräsidenten Prof. Dr. Horst Köhler und des Staatspräsidenten der Republik Ungarn, Prof. Dr. László Sólyom, teil am **Festkonzert anlässlich der Grenzöffnung in Ungarn für die DDR-Bürger vor zwei Jahrzehnten**.
- 18:00** Kühne + Nagel, Großer Grasbrook 11-13
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck **eröffnet das Literaturfestival Harbour Front mit einem Grußwort**.
- Donnerstag, den 10.09.2009**
- 10:00** CCH, Saal 6
Staatsrat Christian Maaß **eröffnet mit einem Grußwort den diesjährigen Internationalen Congress Schiffstechnik (ICST)**.
- 11:00** Diakonie-Klinikum, Hohe Weide 17
Senator Dietrich Wersich spricht ein **Grußwort auf dem Richtfest des Diakonie-Klinikums Hamburg**.
- 12:30** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich eines **Senatsfrühstücks zu Ehren des ehemaligen EU-Abgeordneten Dr. Georg Jarzembowski**.
- Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.
- 13:00** Hotel Grand Elysée, Rothenbaumchaussee 10
Senator Dietrich Wersich spricht auf dem **Forum-2009 der Berufsgenossenschaft für Gesundheit und Wohlfahrtspflege zum Thema: „Perspektiven und Rahmenbedingungen für das Krankenhauswesen der nächsten Jahre“**.
- 18:00** Gesamtschule Bergedorf, Ladenbeker Weg 13
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht anlässlich der **Einweihung der neuen Bibliothek der Gesamtschule Bergedorf ein Grußwort**.
- Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt teil.
- 19:00** Fischauktionshalle
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Verleihung des Hamburger Gründerpreises**.
- 20:00** Ärztehaus, Humboldtstraße 56
Senator Dietrich Wersich nimmt teil an einer **Podiumsdiskussion des Aktionskomitees Hamburger Ärzte zum Thema: „Die Berliner Gesundheitspolitik macht krank. Wie steht die Hamburger Politik dazu?“**.

20:30 Borstelmannsweg 68
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **IFTAR-Essens** zu dem der Dachverband Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) einlädt.

Freitag, den 11.09.2009

09:00 JVA Fuhlsbüttel, Suhrenkamp
Senator Dr. Till Steffen hält eine Rede zur **Eröffnung der Bäckerei in der JVA Fuhlsbüttel.**

10:00 Hafen-City, Am Dalmannkai 18
Bürgermeisterin Christa Goetsch spricht ein **Grußwort anlässlich der Einweihung der Katharinenschule in der Hafen-City.**

10:00 Katholische Familienbildungsstätte, Neuer Mariendom, Haus der Kirchlichen Dienste, Danziger Str. 64
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert hält ein **Grußwort zum Festakt aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums der Katholischen Familienbildungsstätte.**

14:00 Logenhaus, Moorweidenstraße 36
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil an der **Auftaktveranstaltung zum Tag des offenen Denkmals.**

18:00 Körber-Stiftung, Kehr wieder 12
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besucht die **Festveranstaltung aus Anlass des Doppeljubiläums: 100. Geburtstag des Hamburger Ehrenbürgers Dr. h.c. Kurt A. Körber und 50 Jahre Körber-Stiftung.**

18:00 Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein **Grußwort** anlässlich des **Treffens der ZONTA Port Society.**

Samstag, den 12.09.2009

09:15 Hauptgebäude Uni, Hörsaal A, Edmund-Siemers-Allee 1
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert hält ein **Grußwort zur Eröffnung der 3. offenen Krebskonferenz der Hamburger Krebsgesellschaft.**

10:00 Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestr. 20
Senatorin Anja Hajduk nimmt am **öffentlichen Workshop „Beteiligungsprozess Verkehrsplanung im Hamburger Süden“** teil.

10:00 Albert-Schäfer-Saal, Handelskammer
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Eröffnung des 5. Hamburger Unternehmerintages.**

12:00 Rathausmarkt
Senatorin Anja Hajduk eröffnet im Rahmen der **Hamburger Zukunftswochen den Ökomarkt „BioErleben“** mit einem **Grußwort.**

- 13:00** Rathaus, Grundsteinkeller „Parlament“
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters hält beim **Senatsempfang anl. der 150-Jahrfeier des Architekten- und Ingenieursverein Hamburg (AIV) ein Grußwort.**
- 13:00** Landungsbrücken
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält **ein Grußwort anlässlich der Enthüllung eines Gedenksteins zur Rettung von vietnamesischen Flüchtlingen durch das Schiff „Cap Anamur“.**
- 19:00** Jungfernstieg, Bühne
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck **eröffnet die 6. Hamburger Theaternacht mit einem Grußwort.**
- 20:00** Stadtparkbühne, Saarlandstraße
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein **Grußwort beim Entrée Festival Kravetz & Friends 2009.**
- Sonntag, den 13.09.2009**
- 19:00** Thalia Theater
Senator Dietrich Wersich, Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert, Staatsrat Dr. Michael Voges und Staatsrat Dr. Manfred Jäger besuchen **die Premiere des OTHELLO von William Shakespeare.**
- 19:00** Maritim Hotel Reichshof, Kirchenallee 34-36
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein **Grußwort anlässlich eines Empfangs der Stiftung Denkmalpflege zum Tag des offenen Denkmals 2009.**